

# SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/176

14. September 1976

Die politische Unmoral der Union

Auch die CDU-Frauen stellen die Tatsachen auf den Kopf

Von Dr. Helga Timm MdB

Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 1 und 2 / 85 Zeilen

Bayerns Sozialdemokraten kämpfen um jede Stimme

Das Land ist kein Erbhof der engstirnigen Reaktion

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB

SPD-Landesvorsitzender in Bayern, Mitglied des SPD-Präsidiums und Bundesminister der Justiz

Seite 3 / 35 Zeilen

Sozialdemokraten machten das Staatsschiff flott

CDU/CSU mußte bei der Krisenbewältigung schon vor zehn Jahren passen

Von Dr. Diether Posser

Mitglied des SPD-Parteivorstandes

Seite 4 und 5 / 75 Zeilen

Kohls Theaterdonner kann nur schaden

Zur sozialliberalen Deutschlandpolitik gibt es keine Alternative

Von Egon Hähmann MdB

Stellv. Vorsitzender des Bundestagsausschusses für in-nerdeutsche Beziehungen

Seite 6 und 7 / 77 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12  
Postfach: 120 409  
Pressehaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37 - 28  
Telex: 08 88 848-48 pphn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
Kölner Straße 108--112, Telefon: 376611  
5300 Bonn-Bad Godesberg

### Die politische Unmoral der Union

---

Auch die CDU-Frauen stellen die Tatsachen auf den Kopf

Von Dr. Helga Timm MdB

Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion

Der Wahlkampf nimmt groteske Formen an. Beim Buhlen um Frauenwählerstimmen sieht die CDU offenbar alle Felle davonschwimmen. Unter der Devise: Frechheit siegt, und die Frauen werden's schon nicht merken, werden jetzt die Tatsachen einfach auf den Kopf gestellt.

In der CDU-Frauenzeitschrift "Frau und Politik" von Anfang September wurden die Leistungen der sozialliberalen Koalition für die Frauen tollkühn für die CDU beansprucht. Es verschlägt einem fast die Sprache. Aber die Fälschungen der Christdemokraten müssen aufgedeckt werden: um der Wahrheit willen, aber auch um diese Damen der Unions-Christen in ihrer politischen Unmoral bloßzustellen.

Hier die ärgsten Beispiele:

1/ Die CDU behauptet: "1957 hat die CDU die Gleichberechtigung von Mann und Frau hinsichtlich des in der Ehe erwirtschafteten Vermögens durchgesetzt." Die Wahrheit ist: Das war aber auch alles. Dabei hieß die Aufgabe damals, alle Gesetze zu durchforsten, die im Widerspruch zum Auftrag des Grundgesetzes Artikel 3 stehen, daß Männer und Frauen gleichberechtigt sind.

Dies hat erst die SPD/FDP-Koalition mit der großen Reform des Ehe- und Familienrechts endlich in Angriff genommen und durchgesetzt. Weder die gesetzliche Festlegung der Frau auf die Hausfrauenrolle (§ 1356 BGB), noch die schichtenspezifische Unterscheidung - die Arbeiterfrau muß mitverdienen - (§ 1360 BGB), hat die Damen der CDU während der fast 20jährigen CDU-Regierungsverantwortung gestört. Ebenso ist erst jetzt von der SPD/FDP-Koalition das Namensgesetz im Sinne der Gleichberechtigung geändert worden. Ebenso können jetzt deutsche Frauen, die mit Ausländern verheiratet sind, ihre deutsche Staatsangehörigkeit auf ihre Kinder übertragen, wie es Männer immer schon konnten. Von Gleichberechtigung verstehen wir Sozialdemokraten eben mehr.

2/ Die CDU behauptet: "Ebenfalls 1969 hat die Union mehr Rechte für die ledigen Mütter durchgesetzt. Nicht-eheliche Kinder werden den ehelichen gleichgestellt." Die Wahrheit ist: Der damalige sozialdemokratische Bundesjustizminister Dr. Gustav Heinemann hatte während der Großen Koalition endlich die Initiative ergriffen, um diese schändliche

rechtliche Ungleichheit von ehelich und nicht-ehelich geborenen Kindern aus der Welt zu schaffen. Daß die CDU sich gerade diese Pionierleistung jetzt zuschreiben will - Heinemann ist tot und kann sich selbst nicht mehr wehren -, ist besonders infam.

3/ Und jetzt wird's lustig, denn die CDU behauptet: "Die kostenlosen Vorsorgeuntersuchungen für Mütter und Kinder sind ihr Werk ebenso wie die Freistellung eines Elternteils bei Erkrankung eines Kindes, die Stellung einer Haushilfe durch die Krankenkasse und der Ausbau der gesetzlichen Unfallversicherung". Die Wahrheit ist: Da bleibt einem der Atem weg! Alle diese Verbesserungen wurden in den Jahren 1969 bis 1976 von der sozial-liberalen Koalition geschaffen, alle auf Initiative der Regierung oder der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion. Daß die CDU/CSU nicht ausdrücklich dagegen gestimmt hat, ist alles, und das ist ja auch erfreulich. Daß die CDU es aber heute wagt, so dummdreist die Tatsachen zu verfälschen und die Leistungen der SPD/FDP-Koalition für sich zu reklamieren, zeigt: Wir liegen mit unserer Politik für die Frauen richtig.

4/ Selbst ihren verblissenen Widerstand gegen die Reform des § 218 wollen sie nicht mehr wahrhaben. Die CDU behauptet: "Neuerdings versuchen SPD und FDP einen Riesenpopanz aufzubauen, indem sie der Union unterstellen, sie wolle die Reform des § 218 nachträglich rückgängig machen... Ein ganz wichtiger Punkt ist hier Beratung, gerade hier hat die Koalition versagt". Die Wahrheit ist: Der Popanz heißt MdB Dr. Bruno Heck (längst vergessener CDU-Familienminister): "Gesetze können jederzeit kassiert werden" laut Kirchenzeitung der Diözese Augsburg vom 13./14. März 1976. Oder heißt der Popanz Ursula Schleicher, CSU-MdB: "... daß wir durch die Reform des § 218 in eine Gesellschaft abgleiten, die entartet ist?" ("Stuttgarter Zeitung" vom 3. Mai 1976.)

Die Beratung als Krankenkassenleistung hat der damalige Finanzminister Helmut Schmidt dadurch ermöglicht, daß er 50 Millionen DM aus Bundesmitteln freistellte. Die CDU/CSU hat dagegen fast zwei Jahre lang über den Bundesrat das Gesetz über sozialbegleitende Maßnahmen blockiert - so wichtig war ihr die Beratung der Frauen in Konfliktsituationen.

5/ Aber es kommt noch schlimmer. Die CDU behauptet: "Sie hat gegen den Widerstand der SPD/FDP dafür gesorgt, daß alle Probleme, die mit der Ehescheidung zusammenhängen, in einem Verfahren gelöst werden und daß durch den Versorgungsausgleich eine ausreichende Sicherung für geschiedene Frauen gewährleistet wird." Die Wahrheit ist: Die CDU/CSU hat die Reform des Ehe- und Familienrechts über fünf Jahre bis aufs Messer bekämpft. Noch im Dezember 1976 sagte ihr Sprecher Dr. Carl Otto Lenz bei der 3. Lesung im Bundestag: "Dieses Gesetz ist frauenfeindlich, dieses Gesetz ist männerfeindlich, dieses Gesetz ist familienfeindlich, dieses Gesetz ist volksfeindlich. Deshalb darf es nicht in Kraft treten".

Die Damen der CDU haben bis zuletzt den Versorgungsausgleich bekämpft mit dem Argument, man könne doch nicht ausgerechnet den geschiedenen Frauen diesen Vorteil verschaffen. Der Familienrichter bei Ehescheidung war bereits vom damaligen Bundesjustizminister Gerhard Jahn vorgeschlagen worden. Dieser Vorschlag fand bei allen Fachleuten Zustimmung. Ebenso war der Versorgungsausgleich Bestandteil dieses Gesetzentwurfes. Die sozialversicherungsrechtliche Absicherung des Versorgungsausgleichs ist jedoch erst im Verlauf der parlamentarischen Beratungen durch das beharrliche Drängen und die Überzeugungskraft der Frauen in der SPD-Bundestagsfraktion gelungen. Darauf sind wir stolz, und dieses Verdienst lassen wir uns auch nicht durch noch so kecke Verdrehungen der CDU schmälern. (-/14.9.1976/va/pr)

## Bayern Sozialdemokraten kämpfen um jede Stimme

Das Land ist kein Erbhof der engstirnigen Reaktion

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB

SPD-Landesvorsitzender in Bayern, Mitglied des  
SPD-Präsidiums und Bundesminister der Justiz

Der SPD-Landesverband Bayern hatte vor mehreren Monaten beschlossen, zu Beginn der Endphase des Bundestagswahlkampfes in Nürnberg ein Landestreffen durchzuführen. Der Einladung zu diesem Landestreffen haben zwischen vierzig- und fünfzigtausend Menschen Folge geleistet. Es war die größte Kundgebung in der Geschichte der bayerischen SPD und die bisher größte Veranstaltung im gesamten Bundestagswahlkampf 1976. Die zwölftausend Teilnehmer am CSU-Wahlkongreß vor einer Woche nehmen sich dagegen bescheiden, ja fast spärlich aus.

Die Kundgebung auf dem Nürnberger Hauptmarkt widerlegte das Bayern-Klischee, das die CSU geflissentlich verbreitet. Sie zeigte, daß die CSU nicht die bayerische Monopol- und Staatspartei ist, als die sie sich ausgibt, und sie bewies: Bayern ist kein schwarzes Erbland, die Sozialdemokraten sind fest verwurzelt in der Tradition Nürnbergs, in der Tradition Frankens, in der Tradition ganz Bayerns.

Es ist eben nicht wahr, daß Bayern das Stammland der Reaktion, eines engstirnigen Konservatismus und einer raisonierenden Spießbürgerlichkeit ist. In diesen unverdienten und ungerechten Ruf haben Bayern erst der CSU-Vorsitzende Franz-Josef Strauß und seine Helfer gebracht. In Wahrheit hat Bayern eine starke liberale, demokratische und soziale Tradition. Der Kampf um Freiheitsrechte, um Meinungs- und Pressefreiheit, um gleiches Wahlrecht, um die Grundrechte, um menschenwürdige Arbeitsbedingungen, um die Brechung des Bildungsmonopols, hat hier früher begonnen als anderswo. Und stets waren dabei die Sozialdemokraten auf seiten der Freiheit. Von Karl Grillenberger und Georg von Vollmar bis zu Waldemar von Knoeringen und Wilhelm Hoegner; dem Wilhelm Hoegner, der 1946 Bayern eine der fortschrittlichsten und freiheitlichsten Verfassungen Europas gab und den die Zehntausende auf dem Nürnberger Hauptmarkt stürmisch umjubelten.

Denen, die heute von "Freiheit oder Sozialismus" reden, sei gesagt: Ihre politischen Väter und Großväter - die Bayerische Volkspartei und die Deutschnationalen - standen oft genug auf der anderen Seite, wenn es um mehr Freiheit und mehr soziale Gerechtigkeit ging. Gegen sie mußte oft genug das erst durchgesetzt werden, was heute unsere Freiheit ausmacht.

Uns bayerischen Sozialdemokraten hat das Landestreffen, hat die Rede Helmut Schmidts neue, zusätzliche Impulse gegeben. Wir sind in der Offensive. Wir werden bis zum 3. Oktober 1976 um jede Stimme kämpfen.

(-/14.9.1976/kr/pr)

### Sozialdemokraten machten das Staatschiff flott

CDU/CSU mußte bei der Krisenbewältigung schon vor zehn Jahren passen

Von Dr. Diether Posser

Mitglied des SPD-Parteivorstandes

Zu den ständig wiederholten Wahlkampfparolen der CDU/CSU-Politiker gehört die Behauptung, daß die Staatsfinanzen in der Bundesrepublik Deutschland Ende 1969 geordnet gewesen seien, als die sozialliberale Koalition die Regierungsverantwortung übernommen habe. Das sei das Verdienst der CDU/CSU - besonders des damaligen Bundesfinanzministers und CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß - gewesen, während SPD und FDP jetzt eine riesige Staatsverschuldung herbeigeführt hätten. Der Aussagewert dieser Behauptung ist gering, weil zwei wesentliche Umstände bewußt übersehen werden.

1/ Daß die Staatsfinanzen Ende 1969 geordnet waren, ist richtig, aber keineswegs nur das Verdienst der Christdemokraten. Es wird verschwiegen, daß damals die Sozialdemokraten schon drei Jahre in der Bundesregierung mitgearbeitet hatten. Der von dem Bundeskanzler Kiesinger gebildeten Regierung der Großen Koalition, die am 1. Dezember 1966 vereidigt wurde, gehörten neben zehn christdemokratischen auch neun sozialdemokratische Bundesminister an: Willy Brandt, Gustav Heinemann, Lauritz Lauritzen, Georg Leber, Karl Schiller, Carlo Schmid, Käthe Stöbel, Herbert Wehner und Hans-Jürgen Wischnewski. Sie erhielten die entschlossene parlamentarische Unterstützung durch die SPD-Bundestagsfraktion, deren Vorsitzender Helmut Schmidt war.

Wir haben allen Grund, den Beitrag dieser Sozialdemokraten zur Überwindung der von der CDU/CSU zu verantwortenden Rezession des Jahres 1966 kräftig zu betonen, weil auf ihre Initiative hin die wirtschaftlichen Maßnahmen beschlossen wurden, die die finanzielle Gesundung unseres Landes ermöglicht haben. Wenn man redlich vergleichen will, muß man schon bis zum Dezember 1966 zurückgehen, als die SPD erstmalig an einer Bundesregierung beteiligt war. Wie sich die Lage damals darstellte, hat Bundeskanzler Kiesinger am 13. Dezember 1966 in seiner Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag ungeschminkt dargelegt. Er begann mit folgendem Satz: "Der Bildung dieser Bundesregierung, in deren Namen ich die Ehre habe zu Ihnen zu sprechen, ist eine lange, schwelende Krise vorausgegangen, deren Ursachen sich auf Jahre zurückverfolgen lassen".

Kiesinger nannte auch die Gründe im einzelnen: innenpolitische Schwierigkeiten, außenpolitische Sorgen und die schwierige Finanzlage. Er betonte, daß der Bundeshaushalt 1967 nicht ausgeglichen sei, sondern

vielmehr mit einer Deckungslücke von rund 3,3 Milliarden DM gerechnet werden müsse. Dann fuhr Kissinger fort: "In den kommenden Jahren bietet die Finanzlage des Bundes ein noch düsteres Bild. Im Jahresdurchschnitt drohen Deckungslücken, die etwa so groß sind wie das gesamte Haushaltsvolumen eines der finanzstärksten Länder der Bundesrepublik...". So also war die Situation, als die Sozialdemokraten der CDU/CSU als Koalitionspartner höchst willkommen waren, um aus den Schwierigkeiten herauszukommen, was auch gelang.

2/ Der entscheidende Unterschied zwischen der heutigen Lage und den 1969 bzw. 1966 bestehenden Verhältnissen liegt aber in der zweiten großen Weltwirtschaftskrise dieses Jahrhunderts, die wir in den letzten zwei Jahren durchzustehen hatten. Während wir 1967 und 1968 eine im wesentlichen auf die Bundesrepublik Deutschland begrenzte Wirtschaftsflaute überwinden mußten, ging es jetzt darum, mit Weltinflation, Weltwährungskrise, Ölchock, Rohstoffpreisexlosion und Weltrezession fertig zu werden, die Industrieländer und Entwicklungsländer, Ost und West, gleichermaßen getroffen hatte. Die meisten Bürger haben bis heute noch nicht erfaßt, wie ernst es um uns stand. Wir hatten eine Situation zu meistern, die nur mit der ersten Weltwirtschaftskrise der Jahre 1930/32 verglichen werden kann. Damals glaubte die Reichsregierung Brüning, die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf Deutschland dadurch abfangen zu können, daß sie bei den Staatsausgaben strengste Sparsamkeit anordnete und alle Vorschläge zur Kreditschöpfung, Kaufkraftstärkung und Arbeitsbeschaffung ablehnte.

Die Folgen waren verheerend: Es gab über sechs Millionen Vollarbeitslose und mehrere Millionen Kurzarbeiter, deren Löhne nur unwesentlich über der damals ohnehin geringen Arbeitslosenunterstützung lagen. Nichts hat das Aufkommen des Nationalsozialismus stärker begünstigt als das Massenelend, zumal es noch nicht das eng geknüpfte Netz der sozialen Sicherung gab, um das uns heute viele Staaten beneiden. Wir haben die Fehler der Reichsregierung Brüning vermieden. Durch Konjunkturprogramme mit öffentlichen Aufträgen wurden Exportrückgang und nachlassende Binnen- nachfrage zu einem großen Teil ausgeglichen; zugleich verbesserten Steuer- erleichterungen die Kaufkraft der breiten Schichten.

Sinkende Steuereinnahmen und verstärkte Staatsausgaben verlangten eine Ausweitung der Kreditfinanzierung, also eine vermehrte Staatsverschuldung. Sie wird in den nächsten Jahren planmäßig abgebaut, weil der wirtschaftliche Aufschwung die Steuereinnahmen erheblich ansteigen läßt und gleichzeitig die größere Kapazitätsauslastung der Unternehmen weitere Konjunkturförderungsmaßnahmen überflüssig macht. Wir können aufatmen: Die Krise wurde gemeistert.

(-/14.9.1976/wa/pr)

+ + +

Kohls Theaterdonner kann nur schaden

Zur sozialliberalen Deutschlandpolitik gibt es keine Alternative

Von Egon Röhmann MdB

Stellv. Vorsitzender des Bundestageausschusses für innerdeutsche Beziehungen

Wir stehen klar zu dem Rechtsanspruch, der 1971 mit der DDR für den freien und ungehinderten Transit von und nach Berlin ausgehandelt und vertraglich festgeschrieben wurde. Die Bürger in der Bundesrepublik und in West-Berlin anerkennen diese Leistung der sozialliberalen Koalition. Unter dem Dach des Vier-Mächte-Abkommens wurde 1971 das Transitabkommen geschaffen, mit dem die Bundesregierung die Freizügigkeit für alle West-Berliner und Bürger der Bundesrepublik wesentlich erweiterte. Zwei Millionen West-Berliner, die Mehrheit in der Bundesrepublik und vor allem die 50 Millionen Bürger, die seit 1972 die Transitstrecken ungehindert, ohne Schikanen, ohne Kontrollen und bei zügiger Abfertigung benutzt haben, wollen diesen Zustand erhalten wissen und nicht gefährdet sehen. Die Bürger wollen Sicherheit, Ruhe und Ordnung auch auf den Transitstrecken, an der Grenze und in West-Berlin. Sie haben kein Verständnis für jene, die am liebsten jeder Provokation durch die andere Seite ihrerseits eine zweite und dritte aufpfropfen würden und damit eine ständige Eskalation der Spannungen bewirkten.

Mit der Forderung nach Einsatz unserer ökonomischen Macht gegen die DDR würden die CDU-Scharfmacher Wohlrabe, Dregger, Abelein, Marx, Reddemann und Windelen Ostberlin die Chance bieten, auf einen Vertragsbruch unsererseits reagieren zu können. Es ist klar: Diese Kräfte der Union sind nicht gewillt, sich auf den Boden der innerdeutschen Verträge zu stellen. Dies wäre aber die erste Voraussetzung für das Zustandekommen einer gemeinsamen Deutschlandpolitik von Koalition und Opposition. Bundeskanzler Helmut Schmidt hatte die Vorbedingungen eines Konsensus schon am 15. August 1976 dargelegt, als er erklärte, daß "der Wille zur grundsätzlichen Fortsetzung der bisherigen Vertragspolitik und der Wille zum grundsätzlichen Ausbau" bei der Union vorhanden sein müßten.

Wie will der CDU-Vorsitzende Dr. Helmut Kohl deutschlandpolitische Glaubwürdigkeit erlangen, wenn er selbst seine Partei zurückschraubt auf Positionen, die wir schon in der Regierungszeit seines Parteifreundes Kurt Georg Kiesinger vergessen glaubten? Wie will der zweitbeste Unions-Kanzlerkandidat nach Franz Josef Strauß die Verhandlungsposition der Bundesregierung durch den Beitritt aller Demokraten zur Politik der Entspannung und der Verhandlung stärken, wenn er und seine unverbesserlichen Scharfmacher

die Deutschlandpolitik der sozialliberalen Koalition auf verantwortungslose Weise diffamieren, nur um der Bundesregierung zu schaden, nur um sie zu ver-  
taufeln? Was bezweckt eigentlich Dr. Kohl, wenn er die Angriffe der Strauß-  
Gefolgsleute Dregger, Abelein, Marx und Reddemann auf die gemeinsame west-  
liche Berlin-Politik, auf das Vier-Mächte-Abkommen, auf Sicherheit und Le-  
bensfähigkeit Berlins gestützt? Was soll der Politikersatz spektakulärer  
Demonstrationen an der Mauer, die schließlich auch ein Produkt der verfehl-  
ten CDU-Politik ist? Um vermeintlicher parteipolitischer Vorteile willen  
setzt die Union mit einer unehrlichen Kampagne das Erreichte aufs Spiel:

- den Reiseverkehr von Westdeutschen in die DDR; 1969: 1,1 Millionen  
Reisende, 1975: 3,1 Millionen Reisende;

- den Besuchs- und Reiseverkehr von Westberlinern nach Ostberlin  
und in die DDR; 1969: nur in wenigen Ausnahmefällen, 1975: 3,2 Millionen;

- die Reisen aus der DDR in dringenden Familienangelegenheiten (Nicht-  
rentner); 1969: keine, 1975: 40.000;

- den Telefonverkehr nach Berlin (Ost) und in die DDR; 1969: 34 Leitun-  
gen (in Berlin keine) und 499.000 Gespräche, 1975: 719 Leitungen (in Berlin  
441) und 9,6 Millionen Gespräche;

- die Familienzusammenführung; 1970: 541 Personen, 1975: 5.499 Personen;

- den Transitverkehr; 1972-1975: 48,9 Millionen Transitreisende, 1975:  
14,8 Millionen;

- die Rentnerbesuche aus der DDR; 1975: 1,33 Millionen Besuche;

- die Verkehrsverbesserungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland  
und Berlin (West), auf den Landwegen, im Eisenbahnverkehr und im Binnen-  
schiffverkehr;

- das Wachstum im innerdeutschen Handel, der für beide Wirtschaften und  
für die Lebensfähigkeit der Stadt Berlin (West) große Bedeutung hat.

Der CDU-Vorsitzende will sich angeblich mit dem SED-Generalsekretär  
Erich Monecker treffen. Auf welcher Basis sollte dies geschehen? Auf der  
Basis des rückwärtsgewandten Deutschlandpapiers der Union? In der Atmos-  
phäre aufgeputschter Emotionen? Wer wie Dr. Kohl schon jetzt Bedingungen  
und alles in Frage stellt, was an Entspannung und Ausgleich erreicht worden  
ist, dem wird es nicht gelingen, die SED an den Verhandlungstisch zu bringen.  
Will Dr. Kohl mit dieser Taktik sich als starker Mann profilieren und den  
CSU-Chef Strauß Lügen strafen, der den geduldeten Kanzlerkandidaten als  
Filzpantoffel-Politiker apostrophierte? Unehrlich wäre er, wollte er die  
Wähler glauben machen, er könne die SED zu mehr Freizügigkeit für die DDR-  
Bürger zwingen. Das hat schon Adenauer nicht bei Ulbricht vermocht, und Dr.  
Kohl wird sich wohl selbst kaum über den "Alten" stellen wollen.

Theaterdonner nützt in der Deutschlandpolitik gar nichts. Das ist  
längst erwiesen. Nur durch die konsequente Politik zäher Verhandlungen kann  
der Normalisierung des Verhältnisses beider deutscher Staaten zueinander  
näher gekommen, kann auch der innerdeutschen Grenze ihr unmenschlicher Cha-  
rakter genommen werden.  
(~/14.9.1976/va/pr)

+ + +

Verantwortlich fDr den Inhalt: Claus Preller